

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 044-2019
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.62

Eingereicht am: 04.03.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP) (Sprecher/in)
Funicello (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 07.03.2019

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Wie weiter mit dem E-Voting im Kanton Bern?

Am 4. September 2018 hat der Grosse Rat das Geschäft «E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Betrieb. Ausgabenbewilligung; Objektkredit; Verpflichtungskredit 2019-2020» genehmigt. Dabei wurde auch ein Abänderungsantrag überwiesen, in dem gefordert wird, dass den Sicherheitsbedenken bezüglich allfälliger Manipulationen Rechnung zu tragen sei.

In der Zwischenzeit hat sich die Ausgangslage gegenüber dem Herbst 2018 geändert. Der Kanton Genf hat entschieden, sein E-Voting-System CHVote, das auch der Kanton Bern nutzt, nicht mehr weiterzuentwickeln. Offenbar prüft der Kanton Bern nun eine Kooperation mit dem letzten verbleibenden E-Voting-Anbieter, der Schweizerischen Post. Die Post führt momentan einen Hacker-Wettbewerb durch, bei dem versucht werden soll, ihr System zu hacken. Mehrere Kantone beschlossen, weitere Abklärungen bezüglich Sicherheit zu treffen. In den vergangenen Monaten wurde mehrfach von Expertinnen und Experten auf Sicherheitsmängel beim E-Voting hingewiesen.

Der Grosse Rat hat den Regierungsrat beauftragt, ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit zu legen. Der Regierungsrat wird nun deshalb gebeten, über den Stand beim E-Voting und insbesondere bei der Sicherheit zu informieren.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den Abbruch des Genfer E-Voting-Systems?
2. Welche Konsequenzen zieht der Regierungsrat aus dem Abbruch für den Kanton Bern?
3. Wie weit sind die Gespräche mit der Post für eine allfällige Kooperation?
4. Kann der Kanton Bern überhaupt auf das System der Post umstellen?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat das System der Post punkto Sicherheit?
6. Ist durch eine allfällige Systemumstellung mit Mehrkosten zu rechnen?
7. Ist der Regierungsrat im Kontakt mit der Post bezüglich des erwähnten Hacker-Wettbewerbs?
8. Beurteilt der Regierungsrat diesen Hacker-Wettbewerb als ausreichend, um die Sicherheit des E-Voting-Systems der Post zu gewährleisten?
9. Wie ist das weitere Vorgehen beim E-Voting im Kanton Bern?

Begründung der Dringlichkeit: Der Kanton Bern muss auf ein anderes E-Voting-System umstellen. Der Hacker-Test der Post ist jetzt am Laufen. Allfällige Entscheidungen müssen rasch erfolgen. Der Grosse Rat als finanzkompetentes Organ muss zeitnah über alle relevanten Informationen verfügen.

Verteiler

- Grosser Rat